

Beschluss

G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

Klima retten, internationalen Handel fair gestalten, Armut bekämpfen!

Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten zum G7-Gipfel zusammen. Weiträumig abgeschottet von der Öffentlichkeit treffen sie sich auf Schloss Elmau im bayerischen Garmisch-Partenkirchen. Die G7 repräsentieren nur etwas mehr als 10 Prozent der Weltbevölkerung. Die G7 sind ein Auslaufmodell. Ihr Anteil an der Weltwirtschaft schrumpft wie auch ihr politischer Einfluss. Die Struktur der G7 ist nicht geeignet, die vielfältigen Folgen eines global ungezügelter Kapitalismus zu regulieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die G7-Staats- und Regierungschefs dazu auf, ihrer großen Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung und zukünftigen Generationen gemäß zu handeln und zu verhandeln. Der Gipfel muss dazu beitragen, das Klima zu retten, den internationalen Handel fair zu gestalten und Armut zu bekämpfen.

Klima retten: Raus aus Kohle & Fracking

Kurz vor der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 will Kanzlerin Merkel die Klimapolitik zu einem Schwerpunkt des G7-Gipfels machen. Doch mit unverbindlichen Absichtserklärungen ist das Klima nicht zu retten. Wir fordern, die deutsche G7-Präsidentschaft dazu zu nutzen, dass die führenden Industriestaaten jetzt verbindliche und ehrgeizige Klimamaßnahmen ergreifen. Um eine unkontrollierbare Klimakrise zu verhindern, darf sich die Erde bis Ende dieses Jahrhunderts höchstens um zwei Grad erwärmen. Dieses Ziel ist noch zu erreichen, wenn wir jetzt entschlossen handeln.

Die Industriestaaten stehen dabei besonders in der Pflicht. Sie müssen mit gutem Beispiel voran gehen und konsequent von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien umsteigen. Die Förderung von Erdgas und Öl mittels Fracking muss sofort beendet werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss gestoppt und ein rascher Ausstieg aus der klimaschädlichen Verbrennung von Kohle ermöglicht werden.

Einsatz für fairen Handel: TTIP, CETA, TISA – So nicht!

Mitglieder der G7 arbeiten derzeit an mehreren Handels- und Investitionsabkommen: TTIP, CETA und das geplante multilaterale Dienstleistungsabkommen TISA.

Mit TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte eingeführt werden, die unseren Rechtsstaat untergraben. Staaten können von Konzernen auf Schadensersatz verklagt werden, wenn sie Gesetze verabschieden, die Investitionen weniger profitabel machen als geplant. Das gilt auch für zentrale politische Fragen wie die Förderung von Erdgas mittels Fracking oder den Anbau von Gentechnik. Mit den Abkommen drohen zudem nationale und europäische Standards in der Sozial-

Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik abgesenkt zu werden. Die weitere Stärkung dieser Standards wird in Europa wie in Amerika strukturell erschwert, etwa durch den geplanten "Rat zur regulatorischen Kooperation". Länder des globalen Südens werden durch die bilateralen Abkommen gezwungen, sich an für sie nachteilige Regeln anzupassen, was die strukturelle Ohnmacht vieler Staaten innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen verschärfen würde.

Außerdem besteht die Gefahr, dass durch TTIP, CETA und TISA die öffentliche Daseinsvorsorge einem zunehmenden Privatisierungsdruck ausgesetzt wird. So ist angedacht, dass einmal privatisierte Betriebe nicht mehr in die öffentliche Hand zurückgeführt werden dürfen. Das würde den Gestaltungsspielraum der Kommunen untergraben.

Die vom Europäischen Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung, deshalb lehnen wir Verhandlungen auf dieser Grundlage ab. Wir fordern eine andere Handelspolitik der EU und wollen entsprechende Abkommen transparent verhandeln und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtliche Kriterien ausrichten. Etablierte rechtsstaatliche Institutionen dürfen dadurch nicht in Frage gestellt werden. Dem freien Handel darf nicht alles untergeordnet werden. Handelspolitik muss eingebettet sein in Strategien zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artenchwundes, der weltweiten Armut und des Hungers. Als Antwort auf die Globalisierung braucht es internationale Übereinkommen. Aber solche, die die Weiterentwicklung sozialer und ökologischer Standards erleichtern, sowie die Bedingungen für fairen Handel verbessern. Handelsabkommen müssen den genannten Maßstäben folgen, dann können sie hilfreich sein. CETA, TTIP und TISA müssen deshalb gestoppt und Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben neu aufgestellt werden.

Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen

Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel, faire Chancen für Alle zu eröffnen, ohne dass wir dabei weiterhin Raubbau an der Natur betreiben müssen. Aber stattdessen spitzen sich die globalen Krisen zu: Klimawandel, Hungersnöte und erschütternde Armut sind Auswüchse des aktuellen globalen Wirtschafts- und Finanzsystems in dem auch auf Kosten der globaler Gerechtigkeit gewirtschaftet wird.

Die Armutsbekämpfung stand bei G7/G8-Gipfeln immer wieder auf der Tagesordnung. Doch es blieb bei leeren Worten. Kaum ein G7-Land wendet, die seit langem zugesagten, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auf. Gleichzeitig entfallen weiterhin etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben auf die G7-Staaten und Agrarexporte aus den G7-Staaten zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden.

Die bisherige Entwicklungspolitik muss neu ausgerichtet werden. Mit dem Aufstieg der Schwellenländer ist die Aufteilung der Welt in den reichen Norden und den armen Süden überholt und auch innerhalb vieler Länder öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Die ärmsten Länder, insbesondere die politisch fragilen Staaten, drohen im Elend zu verharren. Gleichzeitig leben zwei Drittel der Ärmsten heute in Ländern mit mittlerem Einkommen. Die Politik der G7-Staaten muss darauf reagieren, sie muss sowohl ihr Selbstverständnis als auch den Instrumentenkasten anpassen. Entwicklungspolitik muss deshalb auch mit anderen Politikfeldern wie z.B. der Wirtschafts- und Agrarpolitik abgestimmt werden.

Kommt am 4. Juni nach München!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begleiten die G7-Vorbereitung und den Gipfel kritisch und setzen sich mit den dort zu behandelnden Themen auseinander, um praktikable Lösungen für die Pro-

bleme zu finden, die uns alle angehen. Wir GRÜNE wollen den Gipfel nutzen, Alternativen zur Politik der Industrienationen aufzuzeigen. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Demonstrationsrecht und gehen zusammen mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis am 4. Juni in München auf die Straße. Die Politik der G7-Staaten ist dafür verantwortlich, den weltweiten Kampf für mehr Klimaschutz, für einen freien und fairen Handel und für den Ausgleich zwischen Arm und Reich voranzubringen. Mit einem bunten und friedlichen Protest werden wir Bundeskanzlerin Merkel und die anderen Regierungen an ihre Verantwortung und ihren Auftrag erinnern.

Kommt zahlreich!